

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 05.01.2025

Investitionen hoch, Energiepreise runter: Unser „Made in Germany“-Plan für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze

Deutschland steht bei der Bundestagswahl am 23. Februar vor einer Richtungsentscheidung. Allen voran gilt das für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und die gut bezahlten Arbeitsplätze hierzulande. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Lage. Der Krieg gegen die Ukraine, steigende Preise, vor allem Energiepreise, verschärfter internationaler Wettbewerb, der Fach- und Arbeitskräftemangel, zu viel Bürokratie und ein seit langer Zeit angesammelter Stau privater und öffentlicher Investitionen trüben die Aussichten ein.

Viele Industrieunternehmen, die für die gesamte Wirtschaft in Deutschland von großer Bedeutung sind, stehen derzeit unter Druck. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Als SPD kämpfen wir dafür, dass die Beschäftigten auch in Zeiten von Veränderung und Krisen weiter in sicheren und fair bezahlten Jobs arbeiten können und bei der Steuer und den Lebenshaltungskosten entlastet werden.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen drei Jahren viel dafür getan, die über Jahrzehnte versäumte Modernisierung des Landes anzustoßen und für mehr Investitionen in Deutschland zu sorgen. Die aktuelle Lage zeigt, wie notwendig das bleibt. Die nächste Bundesregierung muss einen Schwerpunkt auf neues Wachstum und Innovationen, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und gute und sichere Arbeitsplätze legen, um den Zusammenhalt in unserem Land zu sichern.

Nicht jedes der aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft ist durch politische Maßnahmen allein zu lösen. Kluge, langfristige unternehmerische Entscheidungen, die Arbeitsplätze sichern und die Weichen konsequent auf Zukunft stellen, sind wichtiger denn je.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird das politisch Notwendige tun, um die Voraussetzung für neues Wachstum, Innovationen und die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen zu schaffen. Für uns ist klar:

- **Deutschland muss Industrieland bleiben.** Wir bekennen uns klar zum Industriestandort Deutschland. Die Industrie ist entscheidend für Wohlstand, gut bezahlte Arbeit und sichere Arbeitsplätze. Es ist unsere bewusste politische Entscheidung, der Abwanderung von Unternehmen aus Deutschland und der Deindustrialisierung offensiv entgegenzutreten. Die SPD-geführte Bundesregierung hat neue Unternehmen in Deutschland angesiedelt und gehalten. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. In den Erfolgsbranchen Stahl- und Auto-mobil-, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie und Pharma, bei Halbleitern und in der Batterieproduktion muss Deutschland ein attraktiver Standort bleiben oder werden. Das gilt gleichermaßen für große Konzerne wie auch für einen starken Mittelstand.

- **Wir unterstützen unsere Unternehmen im weltweiten Wettbewerb.** Grundvoraussetzung dafür sind günstige Energiepreise, Planungssicherheit, der Abbau von Bürokratie und zielgerichtete Anreize für Zukunftsinvestitionen am Standort Deutschland.
- **Wir stehen verlässlich an der Seite der Beschäftigten.** Neues Wachstum entsteht nicht durch Massenentlassungen, Lohnzurückhaltung und den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Dieser Weg hat noch nie nachhaltig funktioniert. Die aktuellen Herausforderungen müssen mit und nicht gegen die Beschäftigten gemeistert werden. Krisen löst man nicht, indem man Leute entlässt und Standorte schließt, sondern indem die richtigen Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden.

Fünf Punkte, auf die es jetzt ankommt:

1. Neues Wachstum und Beschäftigung durch Investitionen in „Made in Germany“ und weniger Bürokratie

Wir wollen ein neues Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen schaffen und dafür einen Investitionsturbo zünden. Wir wollen einen Deutschlandfonds einrichten, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz und den E-Ladesäulen sowie im Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds soll anfangs mit 100 Milliarden Euro ausgestattet werden.

Die Zeit der komplizierten und bürokratischen Förderprogramme muss ein Ende haben. Wir wollen einen „Made in Germany-Bonus“ einführen, der Investitionen in Deutschland von Mittelstand bis Großindustrie unkompliziert unterstützt. Die unkomplizierte Steuerprämie in Höhe von 10 Prozent pro Investitionskosten spart den Unternehmen unnötige Bürokratie und unterstützt dringend notwendige Zukunftsinvestitionen direkt am Standort Deutschland. Dieser Bonus unterstützt auch dringend nötige Investitionen in klimafreundliche Technologien, die Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Unser Modell ist auch nach Meinung vieler Ökonomen viel besser und effektiver als pauschale Steuergeschenke an Unternehmen, bei denen nicht klar ist, ob die Steuerersparnis in Deutschland investiert wird oder gar einfach über Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet wird. Zudem haben Unternehmen, die (noch) keine Gewinne machen nichts von einer Steuersenkung. In Deutschland werden nach wie vor riesige Geldvermögen angehäuft, die nicht in unser Land investiert werden. Das wollen wir ändern.

Wir werden außerdem weiter Tempo machen beim Bürokratieabbau und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen. Den von Bundeskanzler Olaf Scholz bereits auf den Weg gebrachten Deutschlandpakt zwischen Bund und Ländern werden wir weiter umsetzen. Auf nationaler und europäischer Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Als eine der ersten Maßnahmen nach der Bundestagswahl wird Bundeskanzler Olaf Scholz eine Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung einladen, um die nötigen konkreten Schritte für mehr Tempo beim Bürokratieabbau zu verabreden.

2. Wettbewerbsfähige Energiepreise

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, dass weiter in eine sichere und bezahlbare Energieversorgung investiert wird, vor allem mit erneuerbarem Strom. Denn dieser ist jetzt schon günstiger als Atom- oder Kohlestrom. Wir wollen international wettbewerbsfähige Energiepreise. Auf Weg dahin brauchen wir bezahlbare Netzentgelte. Dabei geht es vor allem um die Kosten für das Übertragungsnetz, das die Regionen in Deutschland verbindet und derzeit massiv ausgebaut werden muss. Die dafür nötigen Kosten werden über Entgelte umgelegt. Diese wollen wir zunächst stabilisieren, dann schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln. So wird der Netzausbau unterstützt und gleichzeitig Planungssicherheit für die Unternehmen geschaffen. Von günstigeren Strompreisen profitieren neben der Wirtschaft auch private Haushalte.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ein größerer Kreis besonders stromintensiver Unternehmen von den bestehenden Regeln reduzierter Netzentgelte profitieren kann. Dazu gehört auch, die energieintensiven Großabnehmer ohne Flexibilisierungspotenzial wie bisher zu entlasten.

Die Stabilisierung der Netzentgelte könnte der Deutsche Bundestag noch vor der Wahl beschließen. Damit würde der Wirtschaft und den Beschäftigten sofort geholfen. Es gibt dafür einen parteiübergreifenden Konsens. Wir fordern die CDU auf, ihre Taktiererei und Verzögerung auf Kosten des Wirtschaftsstandorts Deutschland sofort zu beenden. Deutschland kann es sich nicht leisten, dass Herr Merz hier auf Zeit spielt. Die Beschäftigten können nicht monatelang auf diese Entscheidungen warten.

3. Sicherung von Arbeitsplätzen in der industriellen Transformation

Die Umstellung unserer Industrie auf klimaneutrale Produktion ist eine große Aufgabe, die auch vom Staat mit aktiver Industriepolitik gefördert werden muss. Dazu wollen wir weitere Investitionen fördern, etwa für die Stahlindustrie bei der Umrüstung vom Hochofen auf eine Direktreduktion mit grünem Wasserstoff, in die Halbleiterproduktion oder in die Batterieproduktion.

Für die SPD ist aber ebenso klar, dass auch die Unternehmen selbst einen größeren Beitrag liefern müssen. Vor allem gilt für uns, dass der Einsatz von Steuergeldern in der Begleitung der Transformation an Bedingungen geknüpft ist: Tarifbindung, Standorttreue und Beschäftigungssicherung. Dort wo es notwendig und strategisch sinnvoll war, haben wir in der Regierung dafür gesorgt, dass die öffentliche Hand vorübergehend auch direkt an Unternehmen beteiligt war, um diese zu stabilisieren. Das wird eine SPD-geführte Bundesregierung auch in Zukunft tun, wenn es notwendig wird.

Mitbestimmung, die Beteiligung der Beschäftigten am Haben und Sagen, ist für uns eine zentrale Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Die Beschäftigten dürfen nicht Verfügungsmasse einsamer Führungsentscheidungen sein. Dies schließt einseitige Entscheidungen von Vorstand und der Anteilseigner zur Verlagerung oder Schließung von Betriebsstandorten über die Köpfe der Beschäftigten hinweg aus. Deshalb wollen wir einen Mindestkatalog zustimmungspflichtiger Geschäfte im Aufsichtsrat schaffen.

Wir werden dafür sorgen, dass es Sicherheit im nötigen Prozess des Wandels gibt und garantieren den Beschäftigten Unterstützung, wenn berufliche Weiterbildung oder Neuorientierung nötig oder gewollt ist. Kurzarbeit bleibt dabei eine wichtige Maßnahme zur Überbrückung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Unser Ziel ist ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen beruflichen Lebensphasen. Wer in der Mitte des Arbeitslebens einen neuen Beruf ergreifen möchte, soll dies ermöglicht bekommen. Auch das ist eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Wir setzen unseren Weg der Ausbildungsgarantie fort. Und Berufsbilder sollten so weiterentwickelt werden, dass die Beschäftigten mit Weiterbildung über den gesamten Lebenslauf hinweg mit neuen Entwicklungen Schritt halten können. Dazu wollen wir auch die Mitbestimmung der Betriebsräte bei strategischer Personalplanung und -bemessung sowie der Weiterbildung im Betrieb zu echten Mitbestimmungsrechten mit Einigungserfordernis ausbauen. Berufstätige Eltern sind darauf angewiesen, dass Kitas und Schulen allen Kindern verlässliche Betreuung und gelingende Bildung garantieren, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich gelingt.

Wir wollen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln; mit klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich transparenteren und vereinfachten Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.

4. Ein starker europäischer Handelsraum

Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. Wir wollen den Europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen, denn Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind eng mit ihm verknüpft. Dazu gehört eine digitale Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Und dazu gehört ebenso ein funktionierender europäischer Kapitalmarkt. Wir werden die Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken. Dazu gehört auch eine verlässliche, langfristige und europäisch verankerte Industriestrategie, die Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet.

Viele unserer Industrieunternehmen leiden unter Dumpingkonkurrenz aus China, die ihre Überkapazitäten aus Produktion zu deutlich geringeren Umweltstandards auf den europäischen Markt werfen. Klimafreundlich zu produzieren oder zu arbeiten, darf kein Wettbewerbsnachteil sein! Es nützt dem Klima nicht, wenn die Produktion ins Ausland abwandert und dort mehr Treibhausgase ausstößt. Deshalb verbessern wir den CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM), gestalten ihn bürokratieärmer und werden einen Exportausgleich einführen, der europäische Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen bewahrt gegenüber der Produktion aus Ländern mit geringeren Klimaschutzauflagen (Carbon Leakage) – so lange, bis die weltweiten Spielregeln fair sind. Einen wichtigen Beitrag zu internationaler Fairness leistet der erfolgreich von Bundeskanzler Olaf Scholz initiierte Klimaclub. Er umfasst einen wachsenden Kreis von Staaten, die gemeinsam Standards festlegen, damit es beispielsweise nicht mehr 28 verschiedene Standards für klimafreundlichen Stahl gibt.

5. Förderung für in Deutschland produzierte E-Autos

Die Zukunft der Autos liegt in der Elektromobilität. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, damit sich neue Technologien durchsetzen. Wer den eingeschlagenen Weg zur E-Mobilität infrage stellt, gefährdet die Akzeptanz von E-Autos in der Bevölkerung, schürt Unsicherheiten bei Investoren und wirft Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter zurück. Wir setzen uns dafür ein, dass die deutschen Automobilhersteller aktuell keine Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO₂-Flottengrenzwerten an Brüssel leisten müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht.

Wir wollen darüber hinaus den Kauf von E-Autos stärker ankurbeln. Ein Großteil der Neuwagen wird gewerblich genutzt. Hier werden wir durch bessere Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung die Attraktivität der E-Mobilität weiter verbessern. Die Kfz-Steuer Befreiung für E-Autos werden wir bis 2035 verlängern. Zudem wollen wir mit einem zeitlich befristeten Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission wollen wir dafür sorgen, dass überall in Europa mehr E-Autos verkauft werden und sie schneller zum Einsatz kommen. Durch die Einbeziehung von jungen Gebrauchten sowie Leasingmodellen wollen wir auch Menschen mit geringeren Einkommen helfen, dass der Umstieg gelingt.

Zudem werden wir weiter Tempo beim Ausbau der Ladesäulen machen. Hierzu gehört eine Pflicht für Tankstellen, Ladesäulen zu errichten. Das Laden an öffentlichen Ladesäulen muss in Zukunft so einfach wie und auch günstiger werden als das bisherige Tanken.